

Es geht auch anders!



Ökologisch-Demokratische Partei

**Kommunalpolitisches Programm
für München**

Kommunalprogramm München

Stand: Dezember 2013

Inhalt	Seite
<u>Unsere ökologischen und ökonomischen Ziele</u>	3
1. Energie	3
2. Verkehr	6
3. Abfallwirtschaft und Müll	13
4. Schutz der natürlichen Lebensräume	14
5. Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung	16
6. Arbeit und Wirtschaft	17
7. Stadtverwaltung und städtische Einrichtungen	18
8. Stadtfinanzen	20
<u>Politik für Menschen</u>	
9. Soziales	21
10. Kinder- und Familienfreundlichkeit	21
11. Jugend und Jugendarbeit	22
12. Leben im Alter – Leben mit Behinderung	22
13. Gesundheit und Verbraucherschutz	23
14. Wohnungsbau und Flächennutzung	25
15. Bildungswesen	26
16. Kultur und Freizeit	27
<u>Menschen für Politik</u>	
17. Demokratie lebt vom Mitmachen!	28
18. Wahlaufruf	30

Impressum

Herausgeber: ÖDP-Stadtverband München

V.i.S.d.P.: Tobias Ruff, Gewässerökologe, ÖDP-Stadtrat, Bezirksrat und Oberbürgermeisterkandidat für die ÖDP München

Anschrift: ÖDP-Stadtverband München
Straßbergerstraße 16
80809 München
Tel. 089 / 45 24 74 15
info@oedp-muenchen.de
www.oedp-muenchen.de

Unsere ökologischen und ökonomischen Ziele

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Voraussetzung für alles menschliche Leben und Wirtschaften: Ökologie ist Langzeitökonomie.

Wir können auf Dauer nicht mehr an Rohstoffen verbrauchen, als in natürlichen Kreisläufen wieder entstehen und nicht mehr Abfälle produzieren, als unsere Umwelt verkraftet. Deshalb müssen wir in vielen Bereichen unser Handeln verändern.

1. Energie

Die Sonne spendet uns auch in Deutschland ein Vielfaches der fossilen und atomaren Energie, die wir derzeit verbrauchen – aber wir nutzen sie immer noch viel zu wenig. Unsere gesamte Wirtschaft, einschließlich der Agrarindustrie, basiert auf den fossilen Rohstoffen bzw. Energieträgern Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran. Diese werden jedoch in wenigen Jahren knapp und sehr teuer – unsere Versorgungssicherheit steht auf dem Spiel. Auch Krisen in der Nahrungsmittelversorgung sind zu erwarten. Alternative Energien und Rohstoffe müssen deshalb und aufgrund des allgemein bekannten, potenziell auch für uns schädlichen Treibhauseffektes stärker gefördert werden.

Die ÖDP kämpft deshalb auch in München für die Energiewende und für ein zukunftsfähiges Energiekonzept:

- 1.1 deutliche Reduzierung der Energieverschwendung
- 1.2 Umstellen der Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen
- 1.3 schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomenergie und der Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern

Das bedeutet für München:

1.1 deutliche Reduzierung der Energieverschwendung

- 1.1.1 In alle neuen Bebauungspläne und Baugenehmigungen sollen Energiesparvorgaben im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sowie eine Kontrolle der Umsetzung aufgenommen werden. Weiterhin soll der ökologische Kriterienkatalog der Stadt durch den Passivhausstandard ergänzt werden.
- 1.1.2 Eine gesetzliche Pflicht zur Sanierung von Altbauten wird angestrebt. Vorbild kann das Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) in Baden-Württemberg sein.
- 1.1.3 Die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften sollen eine Vorbildfunktion bei der Energieeinsparung in ihren Gebäuden ausüben. Konkrete Maßnahmen sollten sein:
 - Verbesserung der Wärmedämmung, effizientere Heizung, Warmwassereinsparung
 - Bis 2020 werden alle städtischen Gebäude energetisch saniert und auf Passivhausstandard oder ein ähnliches Niedrigstenergiehaus-Niveau gebracht werden.

- Für alle Neubauten gilt das Plusenergiehaus-Niveau.
 - PCs und ihre Peripherie werden nach Büroschluss ausgeschaltet und nicht im Stand-by-Modus laufen gelassen.
- 1.1.4 Alle Ampeln werden auf LED-Technik umgerüstet. Straßen- und Gebäudebeleuchtungen werden auf Einsparmöglichkeiten überprüft.
- 1.1.5 Die Stadtwerke München GmbH und ihre Tochtergesellschaften im Energiesektor sollen zu zukunftsorientierten Energiedienstleistern umgebaut werden.
- Die Stadtwerke München wandeln sich von einem reinen Energieversorger zum Dienstleister mit festen Einsparzielen.
 - Die Stadtwerke München intensivieren ihre Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Energieeinsparung.
 - Es werden minutenaktuelle Strompreise für Endverbraucher eingeführt, verbunden mit der Installation von 24-Stunden-Zählern. Damit soll eine Verlagerung von den Hauptverbrauchszeiten in den Schwachlastbereich bewirkt werden, außerdem sollen Verbrauchsspitzen reduziert werden.
 - Die Stadtwerke München GmbH und deren Tochtergesellschaften verbleiben zu 100 Prozent im Eigentum der Landeshauptstadt München.

1.2 Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen: Die Energie, die trotz Nutzung aller Einsparmöglichkeiten noch benötigt wird, soll durch erneuerbare Energien erzeugt werden.

- 1.2.1 Die Stadtwerke München werden zu einem reinen Ökostromanbieter umgebaut: Bis zum Jahr 2020 beliefern sie alle Privathaushalte, bis zum Jahr 2025 auch das Gewerbe mit Ökostrom. Hierfür soll auch zukünftig kein Ökostrom gegen Zertifikate eingekauft werden (Verzicht auf REC-Strom).
- 1.2.2 Die Stadtwerke kaufen künftig für den von ihnen vertriebenen Ökostrom CO₂-Emissionszertifikate. Damit wird eine echte CO₂-Einsparung auch innerhalb des Europäischen Emissionshandels erreicht und dem Verfall des Preises für CO₂-Zertifikate vorgebeugt.
- 1.2.3 Die ÖDP setzt im Energiebereich wie auch in anderen Bereichen auf dezentrale Lösungen. Dezentrale Solaranlagen zur Produktion von Warmwasser und Strom, dezentrale Blockheizkraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme liefern (Kraft-Wärme-Koppelung), sowie Anlagen zur Nutzung von Geothermie und Abwärme sind bevorzugt zu fördern. Das Fernwärmenetz der Stadtwerke ist für die Einspeisung dieser Wärme zu öffnen. Die Wärme muss - analog zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Strom - kostendeckend durch den Netzbetreiber vergütet werden.
- 1.2.4 Für die aktive und passive Nutzung von Sonnenenergie, auch bei der Nachrüstung im Altbau, soll es vereinfachte Genehmigungen geben und sie sollen stärker gefördert werden.

Bauplanerische Berücksichtigung von Sonnenenergie bei allen Neubauten; städtische Gebäude dabei als Vorbild; Förderung der Ansiedlung von Unternehmen der Solartechnik, die in enger Zusammenarbeit mit den Nutzern die Systeme optimieren.

- 1.2.5 Die Nutzung von heimischem Pflanzenöl, das in nachhaltiger und umweltverträglicher Landwirtschaft gewonnen wird und eine CO₂-neutrale Alternative zu Erdöl ist, wird gefördert. Auch die städtische Fahrzeugflotte, einschließlich der Fahrzeuge der Beteiligungsgesellschaften, soll sukzessive auf Pflanzenöl umgerüstet werden.

1.3 schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomenergie und der Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern

1.3.1 Unser vorrangiges Ziel: Ausstieg aus der Atomenergie

- Neben den Stadtwerken Bielefeld sind die Stadtwerke München als einziger deutscher kommunaler Versorger an einem Atomkraftwerk beteiligt. Wir fordern deshalb: das AKW Isar II soll, wie alle anderen Atomkraftwerke, baldmöglichst abgeschaltet werden! Der beschlossene Verkauf der städtischen Beteiligung muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Dies schützt zwar nicht vor einem GAU und dessen Folgen für Gesundheit und Umwelt. Die Stadt hätte aber nicht mehr die Last der politischen, moralischen und finanziellen Verantwortung für ihre Beteiligung an dem Kernkraftwerk zu tragen. Der Verlust von Einflussmöglichkeiten bei einer Beteiligung von 25 Prozent ist dagegen zu verkräften.
- Wir fordern die Stadtsparkasse München auf, sich im Rahmen ihrer Beteiligung an der Bayerischen Landesbank gegen die Finanzierung von neuen Atomkraftwerken zum Beispiel in Finnland und Tschechien einzusetzen.

1.3.2 Atom-Ausstieg auch in Garching

Die ÖDP fordert: Der Forschungsreaktor FRM II in Garching muss schnellstmöglich stillgelegt werden. Die Stadt muss alles tun, um den Weiterbetrieb des Atomreaktors FRM II in Garching zu stoppen, da der Betrieb eines Atomreaktors im dicht besiedelten Ballungsraum München nicht zu verantworten ist. Neutronen für die Forschung mittels der gefährlichen Kernspaltung und mit hoch angereichertem, atomwaffenfähigem Uran zu erzeugen ist nicht „erforderlich“, sondern unverantwortlich. Die Entsorgung des entstehenden FRM II-Atommülls, der ebenfalls atomwaffenfähig ist, ist nicht gelöst.

Die Stadt München hat sich außerdem dafür einzusetzen, dass die radioaktiven Einleitungen in die Isar durch den Atomforschungsreaktor FRM II, das Zyklotron und die Radiochemie sofort dauerhaft unterbunden werden.

1.3.3 Ausstieg der Stadtwerke München aus der Verstromung von Kohle und Gas

Die Stadtwerke München haben in den vergangenen Jahren die Verstromung von Kohle und Gas in ihren Heizkraftwerken massiv ausgebaut.

Das hat die Stadtwerke zwar unabhängig von Strom-Importen gemacht. Gleichzeitig ist aber der spezifische CO₂-Ausstoß massiv angestiegen. Wir fordern deshalb, dass die Verbrennung von fossilen Energieträgern in städtischen Kraftwerken schrittweise und bis zum Jahr 2025 vollständig beendet wird. Das von den Stadtwerken selbst gesteckte Ziel, Fernwärme ab 2040 nur noch über erneuerbare Energieträger zu erzeugen, wird entsprechend vorgezogen.

2. Verkehr

2.1 Saubere Luft und weniger Lärm

Die Münchner Verkehrspolitik ist verfahren. Jahr für Jahr steigt die Belastung der Münchner Bürger durch Stickoxide, Feinstaub und Lärm aus dem Straßenverkehr. Doch Rot-Grün unternimmt gerade genug, um den drohenden Vertragsverletzungsverfahren durch die EU zu entgehen. Fristen, zu welchen eine Feinstaubreduzierung erfolgen müsste, werden bis zum letzten Tag ausgenutzt oder, wenn möglich, sogar Verlängerungen beantragt.

Nur bei vier von 600 untersuchten Gebieten konnte sich die Stadtratsmehrheit zu Lärmschutzmaßnahmen durchringen. Anstatt die Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene zu forcieren, investiert Rot-Grün immer noch deutlich höhere Summen in das Straßen- als in das Schienennetz. Anstatt dringend notwendige Lückenschlüsse im U-Bahn- und Tram-Netz voranzutreiben, zeigt Rot-Grün lieber mit dem Finger auf Freistaat und Bahn, weil sich das unsinnige Prestigeprojekt „Zweiter Stammstreckentunnel“ ständig verzögert.

Im Güterverkehr hat die Deutsche Bahn AG immer mehr Unternehmen die Gleisanschlüsse gekappt. Die großen Parteien im Rathaus haben nicht einmal protestiert. Globaler Klimawandel und lokale Luftverschmutzung sind in steigendem Ausmaß durch Flugverkehr und Autoverkehr bedingt. Trotzdem scheint das Thema für die Mehrheit der Politiker von CSU, SPD und FDP kaum Bedeutung zu haben. Den Grünen ist ihr Machterhalt wichtiger als eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik. So haben sie zum Beispiel jahrelang toleriert, dass ihr Koalitionspartner den Ausbau des Flughafens um ein weiteres Terminal und den Bau einer dritten Startbahn vorangetrieben hat.

Die ÖDP verfolgt eine klare Linie: Verkehr soll so weit wie möglich vermieden, notwendiger Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert und der übrige Verkehr verträglicher gestaltet werden.

2.2 Verkehrsvermeidung

Verkehr in jeglicher Form kostet Zeit und Nerven und schadet dabei der Gesundheit und der Umwelt. Es sollte daher Ziel einer jeden Gesellschaft sein, Verkehr auf das notwendige Maß zu beschränken und Verkehrswege so kurz wie möglich zu halten.

Ein beträchtlicher Teil des Verkehrs in München ist auf lange Anfahrtswege zum Arbeitsplatz oder zur Ausbildungsstätte zurückzuführen. Etwa 40 Prozent des motorisierten Individualverkehrs wird durch Pendler verursacht. Arbeitsplatz und Wohnort sollen daher wieder näher zusammenrücken.

Dazu ist die Entspannung des Wohnungsmarktes Voraussetzung. Nur wer auswählen kann, hat die Möglichkeit, in der Nähe seines Arbeitsplatzes zu wohnen. Außerdem ist es falsch, angesichts von Haushaltsüberschüssen und hohen Beschäftigungsquoten noch mehr Unternehmen und Arbeitsplätze in München anzusiedeln. Pendler sollen an ihren Wohnorten qualifizierte Arbeitsplätze vorfinden.

Einkaufsverkehr kann vermieden werden, indem die Stadtteilzentren gestärkt werden, Großmärkte abseits der Siedlungsschwerpunkte dürfen nicht mehr genehmigt werden. Das Ausweisen weiterer überdimensionierter Einkaufszentren, wie in der Messestadt Riem und in Pasing geschehen, lehnen wir ab. Nachweislich führen solche Einkaufszentren zu einem hohen Aufkommen überörtlichen Verkehrs und erschweren die Existenz kleinerer, dezentraler Fachgeschäfte.

Um den Freizeitverkehr so gering wie möglich zu halten, sollten die Stadtteilzentren ein vielfältiges kulturelles Angebot aufweisen. Grünflächen und Naherholungsgebiete sind konsequent auszubauen. Großveranstaltungen wie Konzerte, Weltmeisterschaften etc. sind dagegen nicht mehr öffentlich zu fördern.

Der Güterverkehr kann durch dezentrale Produktion wesentlich verringert werden. Es ist unsinnig, überall herstellbare Massenartikel durch halb Europa zu transportieren. Qualitativ hochwertige Güter, die von örtlichen Handwerksbetrieben bei Bedarf repariert werden können, bedeuten im Vergleich zu kurzlebigen importierten Massenwaren nicht nur weniger Abfall, sondern auch weniger Verkehr.

2.3 Nahmobilität

2.3.1 zu Fuß

Eine Stadt kann nur zu Fuß oder mit anderen nicht motorisierten Verkehrsmitteln wirklich „erlebt“ werden. Erst wenn sie begehbar ist, wird sie vom reinen Verkehrsknotenpunkt zum Lebensraum. Insofern hängt das „Stadterlebnis“ und mit ihr die Lebensqualität der Stadt ganz wesentlich davon ab, wie man sich als Fußgänger in der Stadt bewegen kann. Dies gilt in besonderem Maße für Kinder, Familien und ältere Menschen. In einer Großstadt wie München liegen viele Ziele in einer Reichweite, die zu Fuß zu überbrücken ist. Ein Teil des Verkehrs könnte dadurch vermieden werden. Voraussetzung dafür, dass dies auch geschieht, sind jedoch sichere und komfortable Fußwege.

Wir fordern deshalb:

- Fußgängern ausreichend Raum zu geben
- die Schaffung von kurzen und sicheren Wegeverbindungen
- eine ansprechende Gestaltung von Fußwegen und deren Umgebung

- eine Wegeführung, die den Einfluss von Abgasen, Lärm und Witterung minimiert
- die Einrichtung von Plätzen, die zum Verweilen einladen
- die Ausweisung von Fußgängerzonen in allen Stadtteilzentren
- den Umbau der Innenstadt innerhalb des Altstadtrings zur Fußgängerzone.

2.3.2 mit dem Rad

Die meisten Wege im innerstädtischen Verkehr sind weniger als fünf Kilometer lang. Für solche Entfernungen ist das Fahrrad am besten geeignet. Unbehindertes, angstfreies Radfahren ist in München immer noch zu wenig möglich. Andere Städte sind uns hier weit voraus.

Wir fordern deshalb:

- die Errichtung eines flächendeckenden, lückenlosen Radwegenetzes; dazu die Umgestaltung von Seitenstraßen parallel zu den Hauptverkehrsstraßen zu Radstraßen, die für Pkws (außer für Anlieger) gesperrt sind, sowie die unbürokratische Öffnung weiterer Einbahnstraßen für Radfahrer in der Gegenrichtung. Radfahrwege sollen nicht zu Lasten der Fußgänger gehen, außer wenn sie Fußgängerzonen kreuzen.
- die Verbesserung der Beschilderung von Fahrradwegen. Fahrradwege sollen, wie es in vielen Städten üblich ist, einheitlich farbig markiert werden.
- die Erweiterung der Abstellmöglichkeiten, auch auf Kosten von Parkplätzen; stabile Fahrradständer, die das Diebstahlrisiko vermindern; Verpflichtung zum Radständerbau bei Neubauten
- die Erhöhung der Mittel für den Straßenunterhalt zu Lasten der Mittel von Straßenbau-Investitionen, da Schlaglöcher und andere Schäden von Radwegen und Straßen für Radfahrer besonders unangenehm, zuweilen sogar gefährlich sind
- fahrradfreundliche Straßenplanung und Ampelschaltung
- Die Fahrradmitnahme in S-Bahn und U-Bahn soll rund um die Uhr kostenlos möglich sein. Bei Bedarf ist die Taktfrequenz zu erhöhen und es sind zusätzliche Fahrradabteile einzurichten. Die Kombination von Fahrrad und öffentlichem Personenverkehr ist gerade auf längeren innerstädtischen Strecken eine attraktive, schnelle Alternative zum Autoverkehr.

2.4 Umweltschonende Verkehrsmittel

Eine einseitige Verkehrspolitik hat Personen- und Lastkraftwagen über Jahrzehnte hinweg begünstigt - obwohl sie nach dem Flugzeug anerkanntermaßen die umweltschädlichsten Verkehrsmittel sind. Dass sie momentan das Rückgrat unseres Wirtschaftssystems darstellen, wird uns angesichts des zu Ende gehenden Erdölzeitalters noch viele Probleme bereiten.

Die von der ÖDP geforderte Steuerreform für Arbeit und Umwelt macht die tatsächlichen Kosten des Autoverkehrs sichtbar und fördert so das Umsteigen auf umweltschonende Verkehrsmittel. Die derzeitige Ökosteuerverordnung kann dies nur teilweise erreichen, da auch Energie aus regenerativen Quellen sowie Energieverbrauch im ÖPNV besteuert werden.

MVV und öffentlicher Personennahverkehr

Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln muss so verbessert werden, dass sich ein Großteil des motorisierten Individualverkehrs auf diese verlagert. Ziel ist eine Aufteilung (modaler Split) von 70:30 Prozent zwischen öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV) und motorisiertem Individualverkehr (MIV).

Wir fordern einen attraktiven MVV und Regionalverkehr:

Durch verbesserte Fahrpläne:

- Verdichtung der Taktzeiten, auch am Abend und am Wochenende; Ausbau des Nachtliniennetzes
- Die S-Bahn-Verbindungen sollen deutlich verbessert werden. Alle Mitteläste sind für einen 10-Minuten-Takt, die Außenäste für einen 20-Minuten-Takt auszubauen. Die Betriebsstabilität ist dabei zu erhöhen.
- Für Fernpendler und Wochenendausflügler sollen die Regionalzugangebote deutlich ausgebaut werden.

Durch Lückenschlüsse im Netz:

- Teilausbau des S-Bahn-Südrings anstelle des nach wie vor nicht finanzierbaren zweiten Stammstreckentunnels. Der Teilausbau des Südrings ist deutlich günstiger und hat durch seine tangentielle Lage eine wesentlich höhere Netzwirkung.
- viergleisiger Ausbau der Strecke Daglfing-Johanneskirchen zur Errichtung einer Express-S-Bahn und Entkoppelung der S-Bahn vom Güterverkehr. Auch eine Führung von Regionalverkehr über diese Strecke ist denkbar. Dabei ist eine Troglösung mit Landschaftsbrücken zu favorisieren, da sie etwa 500 Millionen Euro günstiger als eine Tunnellösung ist.

Die eingesparten Mittel müssen vollständig in den Ausbau des ÖPNV fließen. Alternativ zu dieser Variante wäre eine Überbauung der Bahnstrecke mit Wohnungen zu verfolgen. Dabei wäre aufgrund der guten ÖPNV-Erschließung eine sehr dichte Bebauung mit stark eingeschränktem Stellplatzangebot möglich.

- Im U-Bahn-Bau sollen folgende Verknüpfungen mit der S-Bahn realisiert werden: Verlängerung der U5 nach Pasing, U4 nach Engelschalking, U6 nach Planegg bzw. Neufahrn, U1 zur Fasanerie, U3 nach Untermenzing.

Außerdem fordern wir eine U-Bahn-Verbindung zwischen Kieferngarten (U6) und Am Hart (U2). Durch diese jeweils recht kurzen Streckenverlängerungen werden die Umsteigemöglichkeiten und Querverbindungen erheblich verbessert. Dies führt zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung des MVV.

- Bei der Trambahn ist der bereits vor mehreren Wahlperioden vom Stadtrat beschlossene Neubau von Strecken für Ring- und Tangentiallinien in der kommenden Wahlperiode endlich zu verwirklichen. Dies betrifft insbesondere die Westtangente (Romanplatz – Machtlfinger Str./ Linie 12). Bei der Schwabinger Tram (Linie 23) fordern wir einen Lückenschluss zwischen Kurfürstenplatz und Münchner Freiheit. Eine Verlängerung der Linie durch den Euroindustriepark bis zum Kieferngarten ist zu befürworten, wenn sie ab der Heidemannstraße unterirdisch geführt wird. Die Linie 17 soll von der Amalienburgstraße zur Blumenburg und in die andere Richtung über die Gleise der Linie 18 und einem Abzweig bis zum S-Bahnhof Johanneskirchen verlängert werden. Eine Verlängerung der Tram vom Petuelring zur Detmoldstraße und zur Dülferstraße (Linie 27) und von der St. Veit-Straße in die Gartenstadt Trudering (Linie 19) ist zu prüfen.
- Wir stehen zu einer weiteren Beschleunigung von Tram- und Buslinien, zum Beispiel durch entsprechende Ampelschaltungen.
- Der Ersatz von Trambahnlinien durch Busse ist wegen des geringeren Gesamtwirkungsgrades zu unterlassen. Die Umwandlung der Buslinie durch den Englischen Garten in eine Trambahnlinie, um eine Direktverbindung Schwabing-Bogenhausen zu erreichen, streben wir weiterhin an.
- Zur besseren Anbindung der Messe an den Flughafen bietet sich die vom Planungsbüro BKS vorgeschlagene Seilbahn von der S-Bahn-Station Engelschalking zur Messe an.
- Einrichtung einer Ringbuslinie entlang des Mittleren Rings mit eigener Fahrspur in den Hauptverkehrszeiten und kurzem Takt
- Lücken im Busnetz in den Außenbezirken sollen möglichst bald geschlossen werden. Bei geringer Auslastung sollen kleinere Busse, Linien- und Ruf-Taxis eingesetzt werden.
- Fahrräder sollen einfacher und kostenlos mitgenommen werden können.
- Vereinfachung und Vergünstigung des MVV-Tarifsystems; größere Rabatte für Dauerkunden und Streifenkarten; Steigerung der Attraktivität der IsarCard für Stammkunden, zum Beispiel durch die Einführung von Monatskarten, deren Gültigkeit unabhängig vom Monatswechsel ist (30-Tage-Karte). Außerdem sollen für alle städtischen Einrichtungen wie Tierpark, Bäder und Museen MVV-Kombitickets an den Automaten im Tarifgebiet angeboten werden.
- Beibehaltung des Semestertickets für Studenten

2.5 Autoverkehr verträglich gestalten

Aufgabe der Stadtpolitik muss es sein, den Anteil des Kfz-Verkehrs sukzessive zu senken. Die Verkehrsinfrastruktur muss so umgebaut werden, dass alle vermeidbaren Autofahrten unterbleiben und zunehmend mehr Haushalte auf ein eigenes Auto verzichten können. In Großbritannien und Skandinavien hat man bereits die Zeichen der Zeit erkannt und in vielen Großstädten eine City-Maut eingeführt.

Bürger und Gewerbetreibende profitieren dort von einem verbessertem ÖPNV und weniger überlasteten Straßen. Nach anfänglicher Skepsis findet die City-Maut überall große Zustimmung. Auch zukünftig wird ein Teil des Verkehrs in der Stadt mit Kraftfahrzeugen abgewickelt werden. Es muss aber sichergestellt sein, dass die negativen Begleiterscheinungen wie Verkehrsunfälle, Lärm, Abgase und Flächenverbrauch möglichst minimiert werden.

Wir fordern deshalb:

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit; Ausnahmen nur auf Hauptverkehrsstraßen
- verkehrsberuhigte Innenstadt: eine große Fußgängerzone innerhalb des Altstadtrings
- innerhalb des Mittleren Rings: Nachtfahrverbot für Lastkraftwagen
- um nächtlichen Lärm zu vermeiden: Nachtfahrverbot in Wohngebieten im Innenstadtbereich zwischen 0 und 6 Uhr, ausgenommen Anwohner, Lieferfahrzeuge mit Genehmigung, Taxis und Notfalleinsatzfahrzeuge
- Einführung einer City-Maut im gesamten Stadtgebiet, deren Höhe an den Energieverbrauch und den Schadstoffausstoß der Fahrzeuge gekoppelt ist. Für Elektroautos und für äußerst sparsame und schadstoffarme Pkws soll die Maut sehr gering sein oder ganz wegfallen. Mit zunehmendem Verbrauch soll die Mautgebühr überproportional anwachsen.
- zugleich Schaffung zusätzlicher Park & Ride-Möglichkeiten, besonders an S-Bahn- und Regionalzug-Haltestellen für Pendler
- sinnvolle Pkw-Nutzung durch kostenlose Organisation von Mitfahrgemeinschaften und Förderung von Car-Sharing-Organisationen
- erhebliche Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung innerhalb des Mittleren Rings sowie in Stadtteilen, die aufgrund von Sportstätten, Messen u.ä. unter hohem Verkehrsdruck leiden; Neben verstärkten Kontrollen setzen wir uns für eine Umwidmung von Parkplätzen in Stationen von Car-Sharing-Organisationen, Fahrradabstellplätze oder Grünflächen ein. Reduzierung der Parkplätze; keine neuen Parkhäuser und Tiefgaragen in der Innenstadt
- Neuausrichtung der Stellplatzsatzung: Zukünftiges Ziel ist es, dass weniger Parkplätze gebaut werden. Wer Parkplätze baut, muss hierfür einen Ausgleich zahlen.

- Entlastung vom Lkw-Verkehr durch Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene; mehr Gleisanschlüsse für Gewerbeflächen
- vermehrtes Pflanzen von Bäumen und Hecken entlang Straßen, um die Lärmbelastung der Anwohner zu reduzieren und die Luftqualität zu verbessern
- ein autofreier Sonntag pro Monat auf der Leopoldstraße

2.6 Flugverkehr

Der nationale und internationale Flugverkehr ist die Art der Fortbewegung, die das Klima am stärksten schädigt und die Ressourcen am wenigsten schont. Zudem belastet kein anderes Verkehrsmittel die Anwohner so stark. Deshalb darf Fliegen nicht weiter subventioniert werden. Als Miteigentümer des Flughafens soll München eine kapitalmarktübliche Verzinsung aller für den Flughafen eingesetzten Investitionen fordern. Die Flughafengebühren sind solange zu erhöhen, bis dieses erreicht ist. Dem Flughafen wurden seit 1972 Kredite in Höhe von 1,3 Milliarden Euro zinslos zur Verfügung gestellt. Langstreckenflüge werden am Flughafen München zusätzlich subventioniert, indem die Fluggesellschaften je 1.000 Liter Kerosin noch 13 Euro aus Steuermitteln geschenkt bekommen. Billigflüge müssen schnellstmöglich der Vergangenheit angehören, sie sind nichts als eine künstlich erhöhte Steigerung der Nachfrage.

Die Benutzung des Flugzeugs für eine Reise innerhalb Deutschlands ist unverantwortlich. Um sowohl diese Flüge als auch nationale Anschlussflüge unattraktiv zu machen, ist es unabdingbar, den Flughafen ans Regional- und Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn anzuschließen. Hierzu sind der Bau des Erdinger Ringschlusses, der Walpertskirchener Spange und der Neufahrner Kurve gute Optionen.

Die dritte Startbahn darf auch nach Ablauf der Bindungsfrist des Bürgerentscheids nicht gebaut werden, da der Flugverkehr reduziert und nicht ausgeweitet werden soll. Hinzu kommt, dass die Bedarfsprognose für die dritte Startbahn auf einem Ölpreis von maximal 120 Dollar pro Barrel im Jahr 2020 beruht. Der Preis wird in den kommenden Jahren aufgrund schwindender Ressourcen bisher ungekannte Höhen erklimmen.

Die Stadt München soll sich für die Schließung der kleineren Flughäfen in der Umgebung einsetzen. Die Anwohner aller Flughäfen, auch der kleinen wie in Oberpfaffenhofen, Oberschleißheim, Fürstenfeldbruck oder Jesenwang, müssen für die Lärmbelastung vom Verursacher großzügig entschädigt werden, da sowohl die Lebensqualität, als auch der Wert ihrer Eigenheime stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

2.7 Güterverkehr

Die im Verhältnis zur Streckenleistung größte Feinstaub- und Lärmbelastung in der Stadt geht vom Straßengüterverkehr aus. Seit Einführung der Autobahn-Maut fahren Lastkraftwagen nicht nur zur Abkürzung durch die Stadt, sondern auch zum Mautsparen.

Die ÖDP fordert daher eine Ausdehnung der Maut auf den gesamten Straßengüterverkehr, weiterhin als kommunale Maßnahme Durchfahrtsbeschränkungen auch für Kleintransporter sowie eine City-Maut.

Den Quell- und Zielverkehr will die ÖDP im Stadtgebiet zu einem großen Anteil auf die Schiene verlagern. Da die Deutsche Bahn AG immer mehr Gleisanschlüsse von Unternehmen gekappt hat und die von der Bundesregierung geplante (Teil-)Privatisierung der Bahn hier keine Wende bringen wird, fordert die ÖDP die Übernahme der lokalen Bahnanlagen in kommunale Trägerschaft durch die städtische Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG). Die Gleisanschlüsse der Unternehmen in München sind in Kooperation mit diesen zu erhalten und auszubauen. Dafür sind besonders die Fördermittel von EU, Land und Bund (z.B. aus dem speziellen Bundesprogramm zur Förderung von Gleisanschlüssen für Gewerbebetriebe) in Anspruch zu nehmen.

In Zusammenarbeit mit Münchner Unternehmen, die die transportierten Güter beziehen, soll die Stadt - basierend auf teilweise bereits existierenden Studien - ein City-Logistik-Konzept verwirklichen. Dieses soll zu einer Güterverkehrsverlagerung auf die Schiene, auch unter Einbeziehung der Trambahnstrecken führen.

3. Abfallwirtschaft und Müll

Die ÖDP setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Müllvermeidung an erster Stelle stehen muss und vor der Wiederverwertung und Verbrennung Vorrang hat. Leider sind Bund und Land bisher nicht bereit, Wegwerfprodukte und Einwegverpackungen durch entsprechende Besteuerung oder eine Pfandpflicht wesentlich zu verteuern und so zu einer Verringerung des Müllaufkommens beizutragen.

Um die Recyclingquote in München weiter zu erhöhen, bedarf es eines bürgerfreundlichen Sammelsystems. Die bisherige strikte Trennung der Wertstoffeffassung - in die Erfassung von Papier und Bioabfall nur in den Wohnanlagen sowie die Erfassung von Kunststoffen, Metall und Glas nur über Depotcontainerstandplätze - soll zugunsten einer flexiblen Erfassung geändert werden. Diese soll an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angepasst sein. Konkret heißt dies, dass in Wohnanlagen auf Wunsch der Bewohner bzw. Eigentümer hausnahe Sammelbehälter für die getrennte Erfassung von Kunststoffen, Metall und Glas aufgestellt werden dürfen und dass andererseits Depotcontainer-Standplätze bei Bedarf um Sammelbehälter für Papier und Bioabfall ergänzt werden.

Die Stadt sollte sich für eine Änderung der Verpackungsverordnung bei Bund und Land einsetzen. Ziel muss es sein, die Zahl der eingesetzten Kunststoffe auf wenige recyclingfähige Kunststoffe zu begrenzen. Nicht wieder verwertbare Verbundstoffe sind zu verbieten. Abfälle sind Wertstoffe, die wieder der Verwendung zugeführt werden sollen. Die enormen Mengen Restmüll, die der Verbrennung zugeführt werden, sind Ausdruck einer unverantwortlichen Rohstoffverschwendung.

Die Vermüllung der Münchner Naherholungsgebiete, darunter auch des Westparks, des Luitpoldparks und des Bavariaparks, hat sich in den vergangenen Jahren zu einem zunehmenden Ärgernis entwickelt. Allein an der Isar fallen in den Sommermonaten wöchentlich mehrere Tonnen Abfall an, welcher kostspielig eingesammelt und entsorgt werden muss. Die Stadt muss diesem Ärgernis künftig verstärkt durch Aufklärung und Sanktionen begegnen. Die bundesweite Einführung einer Pfandpflicht auf typische Wegwerfprodukte wäre ein weiteres Mittel, um das Hinterlassen von Müll wirksam zu reduzieren.

Wir fordern deshalb für eine ökologische Abfallwirtschaft in München:

- intensivere bürgerfreundliche Abfallberatung für die Münchner Haushalte
- intensivere Abfallberatung für alle städtischen Einrichtungen
- Unterstützung von privaten Initiativen, welche sich für Müllvermeidung und Reinhaltung von Erholungsflächen einsetzen
- Vermittlung von Abfallberatung für Gewerbebetriebe und Werbung mit den bedeutenden Kostensenkungen durch Abfallvermeidung
- Einführung bzw. Verstärkung der Kontrollen, um die Abfalltrennung in städtischen Gebäuden, Privathaushalten und Gewerbebetrieben sicherzustellen
- Sicherstellung der umweltverträglichen Verwertung der Münchner Abfälle in Kooperation mit den Abfallentsorgungs- und Verwertungsbetrieben; insbesondere transparente Darstellung der Verwertung der Haushaltsabfälle, um die Münchner zur Abfalltrennung zu motivieren
- generelle Verwendung von Recyclingpapier bei der Stadtverwaltung, den städtischen Einrichtungen, den stadt eigenen Unternehmen und den Druckerzeugnissen Dritter, welche mit städtischen Zuschüssen gefördert werden

Zudem muss sich die Stadt einsetzen für:

- eine fortschrittliche Verpackungsverordnung, mit dem Ziel, Kunststoffe auf wenige recyclingfähige Materialien zu begrenzen
- eine Pfandpflicht auf alle Einwegverpackungen und Wegwerfprodukte.

4. Schutz der natürlichen Lebensräume

Wir betrachten es als oberste Pflicht, die Umwelt und somit die Natur in all ihren Funktionen zu erhalten. Wer die Natur schützt, schützt nicht nur Pflanzen und Tiere um ihrer selbst willen, sondern auch die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen. Der Schutz einzelner Arten wird oft als unnötig empfunden. Der einzelne Feldhamster, der ein neues Industriegebiet verhindert, gilt als Symbol einer wirtschaftsfeindlichen und weltfremden Naturschutzpolitik.

Hinter dem Schutz einer einzelnen Art verbirgt sich aber der Schutz ganzer Lebensräume, welcher vielen anderen Pflanzen- und Tierarten, aber auch unseren Kindern zugute kommt.

Natur und Landschaft sind heute vielfältigen Nutzungsansprüchen ausgesetzt. Deshalb ist es erforderlich, noch vorhandene Lebensräume von Pflanzen und Tieren zu erhalten und miteinander zu vernetzen. Die Funktionalität beeinträchtigter Lebensräume ist wieder herzustellen.

Wir fordern deshalb:

- Für alle gewerblichen Bauten und Stadtentwicklungsprojekte werden eine ökologische Baubegleitung sowie Artenschutzkonzepte vorgeschrieben. Umweltverträglichkeitsprüfungen und Prüfungen auf FFH-Verträglichkeit (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinien) sind bei Betroffenheit von in der Biotopkartierung erfassten Biotopen grundsätzlich durchzuführen. Um die im innerstädtischen und stadtnahen Bereich vorhandenen Grünflächen zu schützen, müssen Grünordnungspläne aufgestellt werden.
- Grünflächen sind möglichst naturnah zu gestalten. Die Pflanzung von Obstbäumen und Sträuchern ist zu fördern. Auf städtischen Flächen sollen vornehmlich alte, bedrohte Sorten kultiviert werden. Bei der Grünanlagenpflege und Straßenreinigung soll der Einsatz von lärmenden Maschinen (z.B. Laubbläser) reduziert werden und stattdessen mehr Personal eingesetzt werden.
- Die Beschneidung von Bäumen und Sträuchern ist auf ein ökologisch sinnvolles Maß zu reduzieren, insbesondere um die Rückzugsmöglichkeiten für Tiere zu verbessern. Totholz wie abgestorbene Äste und Bäume soll dort, wo keine Sicherheitsrisiken bestehen, belassen werden.
- Wichtige Wanderachsen, die der Vernetzung von Teillebensräumen dienen, sind Bahnkörper und Gewässer. Gleistrassen sind auch deshalb unbedingt zu erhalten. Die Gewässer in München sind zu renaturieren und für Lebewesen durchgängig zu gestalten. Neue Querbauwerke und Kraftwerke dürfen nicht mehr gebaut werden. Die Ziele und Maßnahmen der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie zur Herstellung eines guten Zustandes von Oberflächen- und Grundwasser sind in der Stadtentwicklung zu berücksichtigen.
- Die Bemühungen um eine saubere Würm und eine saubere Isar müssen verstärkt fortgesetzt werden. Die beiden Gewässer, sollen wieder Badewasserqualität erlangen. Einleitungen von Mischwasser in die Gewässer sind zu minimieren. Das Münchner Kanalsystem ist schnellstmöglich nach den Regeln der Technik zu modernisieren. Neubaugebiete dürfen nur noch im Trennsystem entwässert werden. Niederschlagswasser von Dach- und Verkehrsflächen muss konsequent versickert werden.
- Auch bei den stehenden Gewässern soll die Wasserqualität verbessert werden. Für die Belastung mit koliformen Keimen (= Bakterien, die aus Gedärmen kommen, z.B. über Wasservögel) sind vor allem die hohen Wasservogelbestände verantwortlich.

Fütterungsverbote müssen daher streng kontrolliert werden, damit in Zukunft auch im Lerchenauer See und im Olympiasee bedenkenlos gebadet werden kann.

- Die Begrünung von Fassaden und Dächern und die Bepflanzung von Innenhöfen sollen stärker als bisher vorangetrieben werden. Werden neue Flächen versiegelt, muss in mindestens gleichem Umfang innerhalb des Stadtgebietes entsiegelt werden.

5. Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung

Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind von unschätzbarem Wert für die Naherholung, den Naturschutz und die umweltfreundliche Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. In besonderem Maße gilt dies für die städtischen landwirtschaftlichen Güter, da hier umweltfreundliche Produktionsmethoden besonders einfach festgelegt und wirkungsvoll kontrolliert werden können.

Die steigende Weltbevölkerung und die damit einhergehende Knappheit an Ressourcen und Landflächen werden in Zukunft weltweit zu Konflikten führen. Der Zugang zu Nahrungsmitteln und Rohstoffen wird dadurch erschwert. Eigene landwirtschaftliche Betriebe sind auch deshalb ein unabdingbarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Der Verkauf von regional erzeugten Produkten aus ökologischem Landbau im Einzelhandel sichert Arbeitsplätze und trägt zu einem schonenden Umgang mit Wasser und Boden bei. Zudem trägt er zum Erhalt der kulturellen Identität der Landbevölkerung und der Kulturlandschaft sowie der Naturräume bei.

Wir fordern deshalb:

- Land- und forstwirtschaftliche Flächen der Stadt München und ihrer Tochtergesellschaften dürfen in keinem Fall veräußert werden.
- Die städtischen Forste sowie die Wälder der städtischen Tochtergesellschaften sollen nach wie vor kommunal bewirtschaftet werden. Die Verpachtung von Jagden in den städtischen Wäldern darf im Sinne einer naturgemäßen Waldwirtschaft nicht erfolgen.
- Die städtischen Güter werden vollständig auf Ökolandbau umgestellt. Sollte dies zum Beispiel aufgrund von Altlasten nicht möglich sein, so sind die Flächen aufzuforsten. Die Haltung von alten, bedrohten Tier-
rassen ist zu fördern.
- Bei Flächenverpachtungen werden Familienbetriebe und Biolandwirte bevorzugt.
- Der ökologische Landbau soll auch auf kommunaler Ebene dadurch unterstützt werden, dass die Vermarktung seiner Produkte gefördert wird – zum Beispiel durch den Ankauf von Produkten für städtische Einrichtungen und durch Bereitstellung von Verkaufsmöglichkeiten.

- In Kooperation mit der Münchner Gastronomie und Münchner Kantinenbetreibern soll erreicht werden, dass immer mehr Wirte auf Produkte aus ökologischem Landbau umsteigen.

6. Arbeit und Wirtschaft

Ökologie ist Langzeitökonomie. Deshalb orientiert sich die ÖDP auch in der Wirtschaftspolitik an dem Prinzip der Gemeinwohlökonomie.

Münchens Wirtschaft boomt seit Jahren. Mittlerweile besteht in München Vollbeschäftigung. Die einseitige Ausrichtung der Politik auf immer mehr Wirtschaftswachstum stellt die Stadt vor zunehmende Probleme: Die Verkehrsinfrastruktur ist überlastet, die Belastung von Luft und Wasser nimmt zu, der Druck auf die restlichen Grünflächen ist immens und Wohnraum wird immer mehr zur unerschwinglichen Mangelware.

Das undifferenzierte Wachstum der Wirtschaft darf deshalb so nicht weitergehen. Während einige Branchen wie Bildung, Gesundheit und Umwelttechnologien weiter ausgebaut werden müssen, dürfen flächen- und verkehrsintensive Branchen wie Logistik und Handel nicht mehr gefördert werden. Die großen Leitlinien der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden auf Bundes- und Europaebene vorgegeben. Die ÖDP setzt sich im Sinne des Subsidiaritätsprinzips für dezentrale Strukturen ein. Damit werden mehr Entscheidungen auf die Kommunalebene verlagert.

Wichtigstes Ziel der Arbeitsmarktpolitik bleibt es, die Arbeitsplätze in München dauerhaft zu sichern. Die gute Münchner Mischung, die Zusammensetzung des Arbeitsmarktes aus kleinen Betrieben, mittelständischem Gewerbe und großen Unternehmen hat bisher zum wirtschaftlichen Erfolg Münchens wesentlich beigetragen.

Es hat sich aber gezeigt, dass es gerade bei Konzernen bei wachsendem Kostendruck und/oder Nachfragerückgang zu Massenentlassungen kommen kann. In Krisenzeiten wird auch der bisher wenig betroffene Dienstleistungssektor nicht verschont bleiben.

Von entscheidender Bedeutung für die ÖDP sind die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeitsplätze. Ziel ist ein möglichst hoher Anteil von sicheren, das heißt unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft.

Ziel der Münchner Arbeitsmarktpolitik muss es sein, alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeitslosen schnellstmöglich in das Arbeitsleben zu integrieren. Vorrang hat die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.

Wir fordern deshalb:

- verstärkte Förderung einer weniger krisenanfälligen, marktflexibleren und stärker an den regionalen Bedürfnissen orientierten Mischstruktur aus kleinen und mittleren Betrieben, insbesondere des Handwerks, unter anderem durch Bevorzugung bei der Vergabe von Gewerbeflächen und bei der Verteilung von städtischen Aufträgen, soweit dies nach EU-Recht möglich ist
- bevorzugte Ansiedlung von Betrieben mit umweltschonenden Produkten, Produktionsverfahren und Technologien; Einwirken auf bestehende Betriebe, so dass sie sich um ökologisch sinnvolle Innovationen bemühen und diese auch auf den Markt bringen
- Ausbau und Unterstützung der regionalen Wertschöpfung durch Nutzung des Münchner Regios (Komplementärwährung zum Euro) im städtischen Zahlungsverkehr; Ausgabe- und Verrechnungsstellen werden bei der stadteigenen Stadtparkasse München eingeführt.
- Finanzierung von Infrastruktur-Verbesserungen (Renovierung und Neubau von Schulen, Barrierefreiheit im ÖPNV u.ä.) durch die Ausgabe von Steuergutschriften bzw. Arbeitsgutschriften. Dadurch kann die Stadt München Arbeit vorfinanzieren. Diese Gutschriften (siehe www.taxos.info) werden nur von den städtischen Betrieben und Finanzämtern akzeptiert. Auf diese Weise hält sich München an bestehende Regelungen (WTO/EU) und bevorzugt trotzdem die lokalen Betriebe, was für Infrastruktur und Arbeitsplätze vorteilhaft ist.
- Die Beschäftigung von Leiharbeitern bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften wird abgelehnt. In der Privatwirtschaft ist darauf zu drängen, dass Leiharbeiter zu gleichen Bedingungen wie Festangestellte arbeiten.
- Stärkung der Jobcenter, um deren Hauptaufgabe, die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, zu verbessern.

7. Stadtverwaltung und städtische Einrichtungen

Die Stadtverwaltung und die städtischen Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen haben nach Überzeugung der ÖDP die Aufgabe, qualitativ hochwertige Leistungen für die Münchner Bevölkerung zu erbringen. Eine Gewinnerzielungsabsicht ist für sie im Gegensatz zu den meisten privatwirtschaftlichen Unternehmen von untergeordneter Bedeutung. Die ÖDP setzt sich daher dafür ein, dass stadteigene Betriebe und Unternehmen, wie beispielsweise die Stadtparkasse, die Stadtwerke, die MVG, der Abfallwirtschaftsbetrieb und die stadteigenen Wohnungsbaugesellschaften zu 100 Prozent in städtischem Eigentum verbleiben. Die ÖDP ist der festen Überzeugung, dass diese durch ein gutes Management in einem fairen Wettbewerb mit anderen Anbietern dauerhaft bestehen können.

Wirtschaftlichkeit und Effizienz, unbestechliches und fehlerfreies Arbeiten, rasche und konsequente Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben und Stadtratsbeschlüssen, umweltfreundliches, transparentes und faires Handeln: Das sind die hohen Anforderungen, welche die städtischen Beschäftigten in ihrer täglichen Arbeit zu erfüllen haben. Zur Motivation der Beschäftigten ist es nötig, stets die Bedeutung ihrer Arbeit für die Stadtgesellschaft anzuerkennen, ihre Arbeitsbedingungen sowohl in räumlicher Hinsicht als auch durch gute Personalführung optimal zu gestalten und ihre Arbeitsplatzsicherheit zu garantieren.

Die Stadtverwaltung tritt zum einen als Genehmigungs- und Überwachungsbehörde auf, zum anderen ist sie für weite Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zuständig. Die ÖDP ist der Auffassung, dass diese beiden Bereiche getrennt sein sollten, also keinesfalls innerhalb eines Referates angesiedelt sein dürfen, da sonst unweigerlich Interessenskonflikte auftreten. So kann es beispielsweise nicht sein, dass dem Referat für Umwelt und Gesundheit das Gesundheitsamt und gleichzeitig die Betreuung der Stadtkliniken zugeordnet sind.

Wir fordern deshalb:

- schnelle Nachbesetzung von frei gewordenen, als notwendig anerkannten Planstellen, zur Entlastung von Kollegen
- Vorhalten einer ausreichenden Zahl von Roulierern (Ersatzpersonal), damit Stundenausfälle zum Beispiel an Schulen sowie verlängerte Wartezeiten im Parteienverkehr weitgehend vermieden werden
- Die Stadtverwaltung muss eine Vorbildfunktion in der Ausbildung von Arbeitskräften einnehmen. Zumindest der Eigenbedarf an Beschäftigten muss darüber sichergestellt werden. Die in den vergangenen Jahren erkennbare Tendenz zur Reduzierung der Zahl der Auszubildenden ist umzukehren.
- Die Stadt muss mit flexiblen Arbeitszeitmodellen auf die Bedürfnisse der Beschäftigten, insbesondere bei Familien eingehen. Eine weitere Erhöhung der Teilzeitarbeitsquote, auch in Führungspositionen, ist daher anzustreben.
- Ein Ziel muss sein, bei der Stadtverwaltung mehr Arbeitsplätze im einfachen und mittleren Dienst zu schaffen. Nicht mehr Häuptlinge, sondern mehr Indianer, sollte die Devise lauten.
- Die Genehmigungs- und Überwachungsbehörden wie die Gewerbeaufsicht, die Lokalbaukommission und die Untere Naturschutzbehörde werden im Referat für Umwelt und Gesundheit und im Kreisverwaltungsreferat gebündelt. Für die Betreuung der städtischen Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften sowie für Fragen der Stadtplanung und Gestaltung sind andere Referate zuständig.

8. Stadtfinanzen

Die Verschuldung der Stadt München konnte in den vergangenen Jahren massiv abgebaut werden. München ist damit im europaweiten Vergleich der Großstädte eine lobenswerte Ausnahme. Dieser Konsolidierungsprozess ist in den kommenden Jahren unbedingt fortzusetzen, da sich auch München längerfristig auf eine Postwachstumsökonomie einstellen muss, die Schuldentragfähigkeit also eher abnehmen anstatt zunehmen wird.

Allerdings wurden die Einsparungen in der Vergangenheit überwiegend zu Lasten des Personals vorgenommen. Dieser Kurs darf auf keinen Fall fortgeführt werden. Einsparungen dürfen auch nicht auf Kosten der Standards in Bildung, Erziehung, Gesundheit oder Umweltschutz gehen. Stattdessen sollte auf überbeuerte Prestigeprojekte verzichtet werden, ebenso wie zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden müssen.

Auf Bundesebene setzt sich die ÖDP für eine Neuordnung der Verteilung der Steuermittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ein. Die Kommunen sollen für die Erfüllung ihrer Aufgaben finanziell so gut ausgestattet werden, dass sie keine (zweckgebundenen) Zuschüsse benötigen. Die für die Stadtfinanzen verhängnisvolle Entwicklung, dass Bund und Länder die Sozialkosten immer mehr auf die Kommunen abwälzen, ist zu stoppen. Die Abhängigkeit der Gemeinden von der Gewerbesteuer muss sinken. Nur dann sind sie nicht mehr dazu gezwungen, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl Industrie- und Gewerbeansiedlungen zu fördern.

Wir fordern deshalb:

- Verzicht auf riskante Großprojekte, die bei höchst zweifelhaftem Nutzen die Verschuldung nach oben treiben, wie zum Beispiel eine dritte Startbahn für den Münchner Flughafen, Olympische Spiele, Straßen- und Eisenbahntunnel, deren Unterhalt auf jeden Fall die Münchner Steuerzahler belasten würden
- verstärkte Effizienzkontrolle in der Stadtverwaltung durch regelmäßige interne und externe Prüfung von Arbeitsabläufen und Entscheidungsstrukturen
- Intensivierung des Kampfes gegen Korruption
- verstärkte Prüfung städtischer Leistungen auf ihre Notwendigkeit; Von „einfachen“ Bürgern eingereichte Verbesserungsvorschläge sind zu prüfen und zu prämiieren wie solche von städtischen Bediensteten.
- organisatorische Verbesserungen, um die möglichst vollständige und zeitnahe Einnahme von städtischen Gebühren und Abgaben sicherzustellen
- stärkere finanzielle Beteiligung des Münchner Umlandes an Leistungen, die auch von Bürgern aus der Region in Anspruch genommen werden, wie MVV, Krankenhäuser und Kultureinrichtungen

Politik für Menschen

Ökologische Sozialpolitik beinhaltet die Sicherung eines Maximums an selbstbestimmten Lebensmöglichkeiten in überschaubaren dezentralen Strukturen bei minimaler Einmischung des Staates.

9. Soziales

Die Zuwendung an Hilfsbedürftige in den Familien, die Nachbarschaftshilfe sowie Hilfeleistungen von kleinen Vereinen in den Stadtvierteln sind jeder Sozialbürokratie überlegen. Die Stadtverwaltung soll solche Hilfe spürbar fördern. Direktes städtisches Eingreifen muss in den Bereichen stattfinden, wo die Bürger in ihrem Engagement überfordert sind und ihre Hilfe nicht ausreicht. Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen sind keine Bittsteller, sondern Partner bei der Umsetzung dieser Konzeption.

10. Kinder- und Familienfreundlichkeit

Kaum ein Lebensbereich des Menschen ist durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und durch die einseitig materialistische Sicht der Welt so stark gefährdet wie die Familie. Unstrittig ist: Die Familie hat sich als die am besten geeignete Form des Zusammenlebens bewährt. Wir wollen die Rückbesinnung auf Werte anregen, die sich nicht an Besitz und Konsum messen lassen. In der Familie kann dieses Wertebewusstsein am besten vermittelt werden.

Die ÖDP setzt sich deshalb auf Bundes- und Landesebene für ein einkommensunabhängiges Erziehungsgehalt ein. Der längst fällige gerechtere Familienleistungsausgleich ist zwar Aufgabe des Staates, die Stadt kann jedoch in ihrem Zuständigkeitsbereich ein Vorbild sein und einen Beitrag zu einem kinder- und familienfreundlichen Umfeld, zur Aufwertung der Familienarbeit und zur Chancengleichheit von Frauen und Männern leisten.

Wir fordern deshalb:

- die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer
- echte Wahlfreiheit statt einseitiger Krippenförderung
- qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer durch verwaltungsinterne Umorganisation
- familiengerechten und bezahlbaren Wohnungsbau
- ausreichende Versorgung mit Kindertagesstätten, Einsatz für mehr Betriebskindergärten
- Waldkindergärten als Ergänzung des Münchner Kindergartenangebots
- die Förderung der ambulanten und stationären Hilfen zur Unterstützung der Pflgetätigkeit in den Familien
- Erhaltung der Angebote zur anonymen Entbindung

11. Jugend und Jugendarbeit

Die Suche nach der eigenen Identität, nach Lebenssinn und Lebenssicherheit ist für junge Menschen zweifellos eine große Herausforderung. Die Zunahme des Drogen- und Rauschmittelmissbrauchs und das Auftreten gewaltbereiter Jugendlicher ist eine traurige Realität.

Die ÖDP setzt sich daher für eine Förderung von Verbands- und offener Jugendarbeit, Breitensport und Stadtteiljugendtreffs ein. Die Jugendfürsorge, der Kreisjugendring, die Umweltschutzverbände und ihre Jugendgruppen müssen so gut wie möglich ausgestattet werden. Zusätzliche Programme zur Förderung ökologischen Denkens bei der Jugend sind zu schaffen.

Gewalttätigen Jugendlichen sind jedoch deutlich die Grenzen aufzuzeigen - schon zu Beginn einer Karriere als Serientäter. Opferschutz geht vor Täterschutz. Die Polizei muss die entsprechende politische Rückendeckung bekommen. Lehrer, Richter, Staatsanwälte und Sozialarbeiter müssen deutlich machen, dass eine kriminelle Karriere kein Lebensentwurf sein darf.

12. Leben im Alter - Leben mit Behinderung

Alle öffentlichen Hilfen zur Bewältigung der besonderen Probleme im Alter und bei einer schweren Behinderung müssen darauf abzielen, so viel Selbstständigkeit wie nur möglich zu erhalten. Arbeitsplätze und öffentliche Einrichtungen aller Art sind so zu gestalten, dass die Integration von Menschen mit Behinderung zur Selbstverständlichkeit wird. Längerfristig soll der dauernde Heimaufenthalt von alten und pflegebedürftigen Menschen die Ausnahme werden, denn Heimunterbringung reduziert in der Regel - trotz der hohen Kosten - die Lebensqualität. Alternativen können Mehrgenerationenhäuser sein. Diese Einrichtungen verbinden Wohnungen für alte und junge Menschen, mit Gemeinschaftsräumen, möglichst einer Arztpraxis und der Möglichkeit hochwertiger Gemeinschaftsverpflegung.

Wir fordern deshalb:

- die Vermeidung von Heimaufhalten durch Ausbau von ambulanten Diensten, Hilfen für die häusliche Pflege, mehr Kurzzeitpflegeplätze zur Entlastung von pflegenden Angehörigen
- die Erleichterung des Umzugs alter Menschen aus zu groß gewordenen Wohnungen durch Errichtung von Mehrgenerationenhäusern
- eine regelmäßige, unangemeldete Überprüfung von Heimen durch externe Gutachter, damit Misswirtschaft, undurchsichtige Abrechnungen, überflüssige Hierarchien und Bevormundung der Bewohner unterbleiben
- die Umstellung von Heimkantinen auf ökologische Produkte
- den Ausbau von Seniorentreffpunkten mit Selbstbestimmung der Nutzer und Eigenverantwortung für das Programm

- Ferienprogramme für bedürftige Senioren ähnlich denen für die Jugend
- die Fortsetzung des behindertengerechten Ausbaus von öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln. Vordringlich ist eine solche Maßnahme beim drittgrößten Bahnhof Bayerns, München-Pasing.
- Angebote für eine senioren- und behindertengerechte Naherholung

Zur Finanzierung dieser sozialen Maßnahmen schlagen wir vor, die Ausgaben, die die Stadt durch die Pflegeversicherung einspart, nicht im allgemeinen Haushalt zu verbrauchen, sondern gezielt hierfür einzusetzen.

13. Gesundheit und Verbraucherschutz

Ökologische Politik ist die effektivste Gesundheitspolitik. Durch eine Wende in der Energie-, Verkehrs- und Abfallwirtschaftspolitik und die Förderung ökologisch produzierter Lebensmittel werden die Voraussetzungen für ein gesundes Leben wesentlich verbessert.

Wasser ist Leben. Wer Leben schützen will, muss sich um die Reinheit des Wassers kümmern. Seit jeher gehört die Wasser- und Abwasserpolitik zu den Kernbereichen gemeindlicher Aufgaben. Eine Liberalisierung der Trinkwasserversorgung lehnen wir deshalb kategorisch ab. Das Münchner Trinkwasser ist dank der Vorsorge der früheren und jetzigen Stadtverwaltung hervorragend rein. Dieses Allgemeingut darf nicht der Profitsucht von Konzernen geopfert werden.

Mit der Nutzung der UMTS-Lizenzen wurden in Münchner Wohngebieten zahlreiche Mobilfunksendeanlagen errichtet. Die Staatsregierung liefert die Bürgerinnen und Bürger den Mobilfunkbetreibern hilflos aus, denn in der Bayerischen Bauordnung ist festgelegt, dass Mobilfunksendeanlagen unter zehn Meter Höhe genehmigungsfrei sind. Nachbarschaftsanhörungen sind nicht erforderlich. Wirksame Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Bürger gibt es nicht, obwohl viele Wissenschaftler vor Elektrosmog warnen. Das mobile Telefonieren und Surfen ist heute nicht mehr wegzudenken. Gerade deshalb ist es Aufgabe der Politik, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen und über die Gefahren von Mobilfunk aufzuklären.

Der beste Schutz der Münchner Bevölkerung vor Radioaktivität ist der schnellstmögliche **Ausstieg aus der Atomenergie** - siehe Kapitel "Energie".

Auch beim laufenden Betrieb von Atomkraftwerken wird beständig Radioaktivität freigesetzt. Darüber hinaus sind Atomkraftwerke wegen möglicher Flugzeugabstürze und terroristischer Angriffe eine permanente Bedrohung. Der im rot-grünen Atomkonsens vereinbarte Betrieb bayerischer Atomkraftwerke über das Jahr 2020 hinaus ist unverantwortbar.

Mit dem **Volksentscheid für besseren Nichtraucherschutz** in Bayern feierte die ÖDP einen ihrer größten Erfolge. Die Umsetzung des Gesetzes ist aber an manchen Arbeitsplätzen, in kleineren Gaststätten, Festzelten, Kinderspielplätzen und selbst auf Lebensmittelmärkten noch unbefriedigend. Hier muss die Wirksamkeit der Kontrollen noch erhöht werden. Das Sponsoring von städtischen Veranstaltungen oder solchen, die auf städtischem Grund oder mit städtischer Unterstützung durch Zigarettenkonzerne stattfinden, ist für uns ein Tabu.

Wir fordern deshalb:

- keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung
- Förderung von Vorbeugung und Vorsorge in der städtischen Gesundheitspolitik
- Aufnahme des Fachs "Gesundheit und Verbraucherschutz" in den Lehrplan bayerischer Schulen
- Aufbau von dezentralen Gesundheitsberatungsstellen
- Förderung von Produktion, Vermarktung und Verwendung ökologischer Lebensmittel, zum Beispiel durch Umstellung des Angebots in den städtischen Kantinen, Altenheimen und Kindertagesstätten
- konsequentes Vorgehen gegen Wohngifte in städtischen Gebäuden
- ausreichende Gesundheitsinfrastruktur in allen Stadtbezirken
- Genehmigungsverfahren mit Nachbarschaftsanhörungen für Mobilfunkanlagen; Über die unzureichenden Vorgaben in der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) hinausgehend werden die Grenzwerte auf den Richtwert 1 mW/m² Leistungsflussdichte festgelegt.
- Einführung eines verpflichtenden Abnahmeverfahren der Sendemasten ähnlich der TÜV-Abnahme von Autos
- strikte Umsetzung des Handyverbots, das an allen bayerischen Schulen gilt
- verstärkte Aufklärungsarbeit an Schulen und Kindertagesstätten über die Gesundheitsgefahren von Mobilfunk und drahtloser Kommunikation
- verstärkte Kontrollen zur Umsetzung des Nichtraucherschutzes
- kein Sponsoring von öffentlichen Veranstaltungen durch Tabakkonzerne

14. Wohnungsbau und Flächennutzung

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen in München hat seinen Grund in einem Missverhältnis von Angebot und Nachfrage. Mit dem Zuzug Hunderttausender von Menschen in die Region München hat der Wohnungsbau nicht Schritt gehalten. Ein ständiges Wachstum des Ballungsraums München ist keine annehmbare Lösung, denn schon jetzt ist München die am dichtesten besiedelte Millionenstadt Deutschlands.

Ein weiterer Grund für die Wohnungsnot ist die Tendenz zu einer immer größeren Wohnfläche pro Person.

Die ÖDP fordert deshalb eine Strukturpolitik, die allen Regionen Bayerns gute Entwicklungschancen gibt und so München von weiterem Zuzug und Pendlerströmen entlastet.

Wir fordern:

- die Erhaltung möglichst aller für die Landwirtschaft und den Gartenbau genutzten Flächen (stadtnahe Versorgung) und aller Waldflächen im Stadtgebiet; Freihalten der Frischluftschneisen; Erhaltung und Neuschaffung von Grünflächen, insbesondere in der Innenstadt, zum Beispiel Marienhof als grüne Ruhezone mit großen Bäumen, mehr Kleingärten und mehr Spielplätze
- Vorrang des Wohnungsbaus vor der Neuausweisung von Gewerbegebieten; Neue Gewerbeflächen sollen nur noch auf bisher schon gewerblich genutztem Grund (Gewerbeflächen-Recycling) oder vergleichbarem Gelände entstehen. Erleichterungen für emissionsarmes Kleingewerbe in Wohngebieten und Errichtung weiterer Gewerbebehöfe
- Ausschreibungen von Grundstücken bei unbebauten oder größeren Arealen nur noch nach Konzepten, die den Anspruch der Quartiersentwicklung und Kostensenkung durch gemeinschaftliches Bauen haben
- Wohnungsbau als Auflage bei Genehmigung von Gewerbebauten
- Fehlbelegungsabgabe auch für Gewerbebauten
- Mietpreisspiegel auf der Basis von vier Jahren und nicht zwei Jahren
- möglichst wenig Verkauf von städtischem Grund, damit auch kommende Generationen noch Reserven haben; stattdessen Vergabe in Erbpacht
- Die Großsiedlung Freiham halten wir für einen Fehler, weil sie die letzten Abstandsflächen nach Germering besetzt. Solche Fehlplanungen dürfen in der Zukunft nicht mehr passieren.
- Alle Neubauprojekte sind ökologisch zu optimieren. Das heißt: minimaler Energie- und Wasserverbrauch, Nutzung von Solarenergie und Abwärme, baubiologische Gestaltung, recyclebare Baustoffe, familienfreundliche Grundrisse, durchgehende Grünzüge, gute MVV-Anbindung

- Energiesparende Bauformen (z.B. Nullenergiehausstandard) müssen vorgegeben werden.
- In allen Stadtvierteln sollen bei Neubauprojekten autofreie Gebiete vorgesehen werden.
- Verzicht auf Parkplätze, zugunsten von Wohnraum und Grünflächen
- preisgünstiges Bauen durch versuchsweise Senkung ausgewählter Baustandards (allerdings nicht auf Kosten der Ökologie, indem zum Beispiel bei der Wärmedämmung eingespart wird) sowie Verwendung von neuen Baumaterialien
- Förderung einer mietergerechten, maßvollen Altbausanierung durch Entbürokratisierung und Beratung; Erhaltung und Umgestaltung der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) zu diesem Zweck
- Erhebung einer Sonderabgabe für unbebaute baureife Grundstücke in Vierteln mit geschlossener Bebauung (Baulücken)
- Förderung von Innenhof-, Fassaden- und Dachbegrünung
- entschlossenes Vorgehen der Stadt gegen Umwandlungsspekulation und Zweckentfremdung
- Förderung von kompakten, Ressourcen schonenden Bauformen
- Städteplanung nach dem Leitbild einer "Europäischen Stadt" mit Blockrandbebauung und Innenhöfen anstelle von monolithischen Gebäuden mit anonymem Umfeld
- Erhalt der kleinräumigen polyzentrischen Struktur in den Stadtteilzentren durch gezielte Ausweisung von Mischgebieten und Förderung von mittelständischem Gewerbe in den peripheren Stadtbezirken

15. Bildungswesen

Die Sicherung eines vielfältigen Bildungsangebotes hat in München Tradition. Sie ist eine wichtige Aufgabe wertorientierter moderner Kommunalpolitik. Angebote der Nachmittagsbetreuung und der Schulsozialarbeit müssen ausgebaut werden. Um dies finanzieren zu können, muss bei allen baulichen Maßnahmen auf strikte Sparsamkeit geachtet werden.

Das öffentliche Bibliothekswesen sichert eine lebendige Lesekultur. Vor allem die Kinder- und Jugendliteratur, aber auch qualitativ hoch stehende Video- und Audio-Angebote sind unverzichtbar. Eine besonders wichtige Bildungsaufgabe ist hier, Kindern und Jugendlichen Medienkompetenz zu vermitteln.

Alle vorhandenen Bibliotheken müssen erhalten und weiter gefördert werden. Der Etat für Neuanschaffungen soll jedes Jahr erhöht werden, um zumindest die Inflationsrate auszugleichen.

Es ist zu prüfen, wie durch eine bessere Kooperation von Stadtbibliothek, Schulbibliotheken, Universitätsbibliothek, Staatsbibliothek und den in München befindlichen Bibliotheken anderer Träger (z.B. Kirchen, Verbände, Stiftungen, Unternehmen) der Zugriff der Benutzer auf die Medien verbessert werden kann.

Auch wenn die Universitäten im Zuständigkeitsbereich des Freistaates liegen, muss die Stadt alle Möglichkeiten ausnutzen, das vielfältige akademische Bildungsangebot in München zu erhalten. Die Auslagerung ganzer Fachgebiete in Forschungsghettos wie Medizin und Biowissenschaften in Großhadern/Martinsried ist aus sozialen und ökologischen Gesichtspunkten abzulehnen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung interdisziplinärer Arbeit in einer komplexer werdenden Welt sind auch im Zeitalter des Internets kleinräumige Forschungs- und Lehrnachbarschaften zu fördern, wie sie in einem Misch-Campus am besten realisiert werden können.

16. Kultur und Freizeit

Die vielfältigen kulturellen Angebote und der hohe Freizeitwert machen München zu einer der attraktivsten Städte Deutschlands. Sie erhöhen die Lebensqualität in unserer Stadt und sind als weiche Standortfaktoren auch für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt wichtig.

Jedes Wochenende werden die Autobahnen in Richtung Süden von vielen Münchnern befahren, die dem Alpenvorland einen weitaus höheren Freizeitwert zusprechen als ihrer Heimatstadt. Durch Schaffung von menschenfreundlichem Wohnumfeld, die Verbesserung der Aufenthaltsqualität von Straßen und Plätzen, durch attraktive Naherholungsmöglichkeiten und ein bürgernahes Kulturangebot sollte die Stadt dieser Entwicklung entgegenwirken.

Dazu sind folgende Schritte nötig:

- Erhaltung und Schaffung von Freiräumen in den Wohnquartieren, die Nachbarschaft fördern
- mindestens zwei Gemeinschaftsgärten in jedem Stadtviertel
- Erhaltung der bestehenden Naherholungseinrichtungen und der kleinen Freibäder; Steigerung der Nutzung durch attraktive Öffnungszeiten und Werbung
- Verbesserung der Situation bei den Bezirkssportanlagen; gezielte Förderung von umweltschonenden Sportarten im Breitensport sowie der Sportjugendarbeit
- Förderung dezentraler kultureller Angebote und Verbesserung der Raumsituation. Wir lehnen eine weitere Konzentration der Theaterförderung ab, weil sie zu Lasten der Gruppen in den Stadtteilen geht.
- Dauerausweisung und vorausschauende Planung von Gelände für die Hallen- und Jugendkultur

- Förderung auch älterer Künstler sowie von herkömmlichen Kunstformen wie Malerei und Plastik, unter anderem durch bessere Ausstellungsmöglichkeiten
- Einsparung von mindestens einer halben Million Euro pro Jahr bei den Philharmonikern, dafür verstärkte Förderung anderer Ensembles wie Symphoniker und Kammerorchester, um Vielfalt zu sichern
- angemessene finanzielle Beteiligung des Umlandes an Münchner Kultureinrichtungen, da viele Nutzer von dort kommen; Prüfung der Möglichkeit von ermäßigten Preisen für in München gemeldete Einwohner und die Einwohner von Umlandgemeinden, welche sich angemessen an der Finanzierung beteiligen, bei gleichzeitig erhöhten Preisen für andere Nutzer

Menschen für Politik

17. Demokratie lebt vom Mitmachen!

Informieren Sie sich und mischen Sie sich ein. Mit den richtigen Menschen und den richtigen Konzepten ist Politik kein „schmutziges Geschäft“, sondern sinnvolles Engagement für unsere gemeinsame Zukunft.

Als Bürgerin und Bürger Münchens haben Sie vielfältige Möglichkeiten, sich an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen. Durch die Umwandlung der Bezirksausschüsse von bloßen Beratungsgremien in echte Entscheidungsgremien und durch die Einführung des Bürgerbegehrens sind die Möglichkeiten zur Mitwirkung vergrößert worden.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Vereine, Bürgerinitiativen und Parteien freuen sich über jeden aktiven Menschen, der bereit ist, seine Erfahrung, seine Tatkraft und seine freie Zeit für das Wohl der Allgemeinheit einzusetzen. Die erstarkende Zivilgesellschaft trägt in vielen Bereichen zur Verbesserung unserer Lebensverhältnisse bei. Diese positive Entwicklung sollte von der Stadt gefördert werden.

Unabhängige und transparente Politik

Die Bereitschaft zu Eigeninitiative und öffentlichem Engagement sind Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben. Viele Menschen ziehen sich jedoch resigniert in ihren Privatbereich zurück, weil sie den Politikern keine gemeinwohlorientierten Problemlösungen zutrauen.

Deshalb hat die ÖDP seit ihrer Gründung in ihrer Satzung festgeschrieben, dass sie Spenden von juristischen Personen, also Konzernen und Unternehmen, grundsätzlich ablehnt. Nur so ist eine unabhängige Politik zum Wohle der Allgemeinheit gesichert.

Wir fordern diese Unabhängigkeit auch von allen anderen Parteien und sind jederzeit bereit, unsere Bücher offen zu legen. Es darf nicht sein, dass einzelne Unternehmenslenker mit ihrem Scheckbuch die Politik zu ihren Gunsten beeinflussen.

Die ÖDP will außerdem einen Ehrenkodex für alle Stadträtinnen und Stadträte durchsetzen: Wer mit einer städtischen Tochter-GmbH (Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften) geschäftliche Beziehungen unterhält oder bei ihr angestellt ist, darf nicht gleichzeitig als Stadtrat im Aufsichtsrat desselben Unternehmens sitzen. Wir sehen die Gefahr, dass Stadträtinnen und Stadträte, die mit städtischen Firmen Geschäftsbeziehungen unterhalten, bei grundsätzlichen Fragen eher die Position der GmbH-Geschäftsführer übernehmen, anstatt die Geschäftsführung kritisch im Sinne der Allgemeinheit zu kontrollieren. Stadträtinnen und Stadträte sollen erst nach einer Karenzzeit von mindestens zwei Jahren in Führungspositionen städtischer Unternehmen wechseln können.

Die ÖDP tritt darüber hinaus dafür ein, dass wichtige Fragen der Kommunalpolitik auch in Zukunft öffentlich beraten und nicht in die unkontrollierbare Nichtöffentlichkeit von GmbH-Aufsichtsratsgremien verlagert werden. Privatrechtliche Gesellschaften können der Stadt zwar einzelne operative Geschäfte effektiv abnehmen, wichtige Grundsatzfragen müssen jedoch weiterhin in öffentlich tagenden Stadtratsausschüssen behandelt werden.

Wir setzen uns für größtmögliche Offenheit von Verwaltungs- und Planungsvorgängen ein sowie für eine verstärkte Beteiligung aller Betroffenen bei Planungsvorhaben.

Wir begrüßen es, dass Stadtratsbeschlüsse und Verwaltungsrichtlinien über das Internet einsehbar sind, sofern keine Geheimhaltung erforderlich ist.

Im Revisionsamt ist eine Kontrollinstanz zu schaffen, die von Bürgern und Verbänden vorgetragene Rechtsverstöße und Einsparmöglichkeiten umfassend prüft und dem Stadtrat und der Öffentlichkeit das Ergebnis mitteilt. Mit diesem Verfahren sollen Steuergeldverschwendung und Korruption sowie Verstöße gegen objektives öffentliches Recht verhindert werden.

Administrative und politische Entscheidungen sollen möglichst dezentral und bürgernah erfolgen. Wir setzen uns daher für eine weitere Stärkung der Stadtbezirke ein. Die Sitzungen der Bezirksausschüsse sollen in verkehrsgünstigen und behindertenfreundlichen Räumen stattfinden. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen einen leichten Zugang zu den Bezirksinspektionen finden.

Datentechnische Infrastrukturen der öffentlichen Verwaltung müssen transparent und unabhängig ausgeführt werden. Dazu gehört es, insbesondere die Verwendung von Software mit offenem Quellcode (Open Source) zu fördern, anstelle durch übertriebene Betriebssysteme und kommerzielle Programme nicht am Gemeinwohl interessierte Großkonzerne zu unterstützen, wie es die Stadt München unter anderem auf Anregung der ÖDP beschlossen hat.

Bei stadtpolitisch bedeutenden Entscheidungen dürfen keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Sie müssen öffentlich, transparent und ohne Vorbedingungen von den gewählten Stadträten getroffen werden.

18. Wahlaufruf

Die ÖDP ist als demokratische und konsequent ökologische Partei der Mitte die Alternative für alle Wählerinnen und Wähler. Wir setzen uns ein für eine wertorientierte und zukunftsfähige Politik.

Die Stärke der ÖDP liegt im Fleiß und in der Aktivität ihrer KommunalpolitikerInnen und auf Landesebene in ihren außerparlamentarischen Erfolgen durch Volks- und Bürgerbegehren.

Die Erfolge der ÖDP in Bayern und in München können sich sehen lassen.

Wir haben

- den E.ON-Konzern mit einem Bürgerbegehren dazu gebracht, seine Geschäfte mit der Betreiberfirma des Risiko-Atomreaktors Temelin zu beenden
- 1998 die Staatsregierung mit dem Volksbegehren „Kein neues Atomkraftwerk in Bayern“ dazu gebracht, die fünf für ein zusätzliches Atomkraftwerk reservierten Standorte aufzugeben
- im Jahr 1998 per Volksbegehren den Senat abgeschafft und ersparen so den bayerischen Steuerzahlern fünf Millionen Euro pro Jahr
- mit dem Volksbegehren „Schlanker Staat - schlanke Regierung“ die CSU gezwungen, überflüssige Staatssekretärsstellen zu streichen und den Landtag auf Normalmaß zu verkleinern
- mit unserem Volksbegehren Klonverbot in die Verfassung die Bioethik-Debatte in Bayern vorgebracht
- mit 400.000 Wahlberechtigten, die sich in den Rathäusern für das im Jahr 2005 von der ÖDP gestartete Volksbegehren „Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ eingetragen haben, eine Diskussion über die Risiken von Mobilfunk in Gang gebracht
- die Rücknahme zahlreicher Genmais-Anbauflächen in Bayern erreicht. Zwischen Februar und April 2006 recherchierte die ÖDP gezielt die Neuanmeldungen von Genmais-Anbauflächen im Internet und informierte die örtlichen Lokalredaktionen und Bürgerinitiativen. Auch Demonstrationen wurden organisiert. Dadurch wurde vielerorts eine wichtige Debatte ausgelöst, in deren Folge Genbauern ihre Anträge zurückzogen.

- vor dem Bayrischen Verfassungsgericht Klage gegen die unsachgemäße Verwendung des Büchergeldes erhoben und gewonnen
- Per Volksentscheid konnte die ÖDP ein modernes Nichtraucherschutzgesetz in Bayern durchsetzen.
- Mittels Bürgerentscheiden konnten der Bau einer dritten Startbahn am Münchner Flughafen sowie die Bewerbung Münchens um die Olympischen Winterspiele 2022 verhindert werden.

Obwohl noch nicht im Landtag vertreten, sind wir erfolgreicher als die gesamte parlamentarische Opposition.

In München haben wir mit unserer Arbeit im Stadtverband und im Stadtrat in den vergangenen Jahren viel erreicht:

- die Einführung der kostendeckenden Vergütung von Solarstrom
- das Energiesparprojekt Fifty-Fifty an Schulen
- die Umstellung der Datenverarbeitung der Stadt München auf das offene Betriebssystem Linux
- den Beschluss, auf städtischen Gebäuden mit sensibler Nutzung und in der Nähe von solchen Gebäuden keine Mobilfunksendeanlagen zu dulden
- die Unterstützung der Münchner Kinder- und Jugendfarm
- die Umrüstung von einigen städtischen Fahrzeugen auf den Betrieb mit reinem Pflanzenöl
- die Verhinderung der Beteiligung der Stadtwerke München an weiteren klimaschädlichen Kohlekraftwerken durch entsprechende Stadtratsanträge und unter Ankündigung eines Bürgerbegehrens
- Die Fortführung der Isar-Renaturierung ist beschlossen.
- Die städtischen Referate erarbeiten gemeinsam ein Maßnahmenkonzept „Anpassung an den Klimawandel in der Landeshauptstadt München“.

Hinzu kommen unzählige kleine Erfolge beim Unterhalt von Grünanlagen, Verkehrsführung, Gestaltung von Radwegen etc.

Wenn Sie mehr über unsere Arbeit im Stadtrat und in den Bezirksausschüssen wissen möchten, schauen Sie auf unsere Homepage www.oedp-muenchen.de.

Hier finden Sie viele unserer Pressemitteilungen und alle ÖDP-Stadtratsanträge der vergangenen Jahre.

Wir wollen unsere Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit fortsetzen. Deshalb bitten wir Sie: Schließen Sie sich uns an! Werden Sie aktives oder förderndes Mitglied der ÖDP und unterstützen Sie uns bei der Stadtratswahl und bei den Bezirksausschusswahlen im März 2014. Sie geben Ihrem Wunsch nach nachhaltiger, unabhängiger und menschenfreundlicher Politik Ausdruck.

Und nach einer Politik ohne Korruption - denn anders als die etablierten Parteien hat es sich die ÖDP per Satzungsbeschluss verboten, Spenden von Konzernen und Unternehmen anzunehmen. Nur so kann Politik unabhängig zum Wohle der Allgemeinheit handeln.

Es geht auch anders!

**Es gibt keine 5-Prozent-Hürde -
Jede Stimme für die ÖDP zählt!**